

# Stadt Bergisch Gladbach

## Der Bürgermeister

Datum

**20.01.2016**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Kommunalverfassung, Ratsbüro**

Schriftführung

Dennis Zach

Telefon-Nr.

**02202 142237**

## Niederschrift

### Rat der Stadt Bergisch Gladbach

Sitzung am Donnerstag, 07.01.2016

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:02 Uhr - 18:05 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### Sitzungsteilnehmer

Siehe beigelegtes Teilnehmerverzeichnis

### Tagesordnung

#### Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 3 **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 4 **Anträge der Fraktionen**
  - 4.1 **Gemeinsamer Antrag der Fraktion DIE LINKE. und des Ratsmitgliedes Herrn Samirae vom 10.12.2015 (eingegangen am 10.12.2015) zur Einberufung einer Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach zur Wiederwahl des technischen Beigeordneten**  
*0583/2015*

- 4.1a. Gemeinsamer Antrag der Fraktion DIE LINKE. und des Ratsmitgliedes Herrn Samirae vom 10.12.2015 (eingegangen am 10.12.2015) zur Bestellung einer Leitung des Rechnungsprüfungsamtes**
  
- 4.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 07.12.2015 (eingegangen am 07.12.2015) zur Befreiung der Gebührenpflicht zur Entsorgung des Biomülls für die Tafel Bergisch Gladbach e.V.**  
*0580/2015*
  
- 5 Einwohnerfragestunde**  
*0584/2015*
  
- 6 Anfragen der Ratsmitglieder**

**N**     **Nicht öffentlicher Teil**

**1**     **Mitteilungen des Bürgermeisters**

**2**     **Bericht aus den städtischen Beteiligungen**

**3**     **Anträge der Fraktionen**

**4**     **Anfragen der Ratsmitglieder**

**4.1**   **Schriftliche Anfragen**

**4.1.1** **Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 22.12.2015 (eingegangen am 22.12.2015) zur Einbeziehung des Rates in Personalangelegenheiten**  
*0596/2015*

**4.1.2** **Schriftliche Anfrage des Ratsmitglieds Herrn Samirae (eingegangen am 30.12.2015) zur Thematik "Kosten der Radstation"**  
*0001/2016*

**4.2**   **Mündliche Anfragen**

## Protokollierung

### Ö Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Vor Beginn der Sitzung begrüßt Herr Urbach Herrn Martin Lucke als neues Ratsmitglied. Herr Martin Lucke ist mit Wirkung vom 01.01.2016 als Nachfolger von Herrn Maas Mitglied des Rates geworden. Dieser hatte sein Mandat mit Ablauf des 31.12.2015 niedergelegt. Herr Lucke wird von Herr Urbach gemäß § 67 Absatz 3 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet. Herr Lucke leistet dazu den nach der Verwaltungsvorschrift zu § 32 Absatz 4 GO NRW (alte Fassung) vorgesehenen Eid mit den folgenden Worten: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Bergisch Gladbach erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Sodann eröffnet Herr Urbach um 17:02 Uhr die 11. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der neunten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung sind Frau Bilo (CDU-Fraktion), Herr Krasniqi (SPD-Fraktion), Frau Bähler, Frau Dr. Rüdiger, Herr Außendorf, Herr Steinbüchel (alle Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN), Frau Glamann-Krüger und Frau Koshofer (beide FDP-Fraktion) entschuldigt. Frau Casper und Frau Heidberg-Schwettmann sind ab 17:05 Uhr, Herr Pick ab 17:08 Uhr und Herr Henkel (alle CDU-Fraktion) ab 17:14 Uhr anwesend. Herr Krell (FDP-Fraktion) ist bis 17:57 Uhr und Herr Santillán (fraktionsloses Ratsmitglied) bis 17:59 Uhr anwesend.

Seitens der Verwaltung sind Frau Fahner, Frau Sprenger, Herr Schäfer, Herr Widdenhöfer, Herr Kremer und Herr Martmann entschuldigt.

Herr Urbach benennt die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 28.12.2015 mit den dazugehörigen Vorlagen und der Anlage zur Tagesordnung sowie
- die Vorlage Nr. 0001/2016 – Schriftliche Anfrage des Ratsmitglieds Herrn Samirae (eingegangen am 30.12.2015) zur Thematik „Kosten der Radstation“ –, die als TOP N 4.1.2 beraten werden kann (Tischvorlage).

Herr Urbach führt an, dass die in der Tagesordnung als TOP N 4.1.1 enthaltene schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im nicht öffentlichen Teil der Sitzung mündlich beantwortet werde. Zudem liege zur heutigen Sitzung ein schriftlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE. und des Herrn Samirae vom 04.01.2016 vor. Es werde beantragt, der Rat möge beschließen, den TOP Ö 4.1 der heutigen Sitzung formal in zwei einzelne Tagesordnungspunkte aufzuteilen, nämlich in einen TOP „Wiederwahl des Stadtbaurates“ und einen TOP „Bestellung einer neuen Leitung für das Rechnungsprüfungsamt“. Er habe ohnehin beabsichtigt, diese beiden Komponenten des Antrages unter TOP Ö 4.1 getrennt voneinander zu behandeln und auch getrennt voneinander zur Abstimmung zu stellen.

Herr Urbach stellt den Antrag zur Abstimmung.

Gegen den Antrag stimmt das fraktionslose Ratsmitglied Herr Santillán. Für den Antrag stimmen die übrigen Mitglieder des Rates. Damit wird der Antrag mehrheitlich **angenommen**.

## 2. Mitteilungen des Bürgermeisters

### Mitteilung zu einer Überlastungsanzeige an die Bezirksregierung hinsichtlich der Flüchtlingssituation

Herr Urbach teilt mit, dass die Stadt Bergisch Gladbach am 23.11.2015 eine Überlastungsanzeige an die Bezirksregierung Arnsberg hinsichtlich der Flüchtlingssituation gestellt habe. Herr Urbach verliest das Schreiben an die Bezirksregierung Arnsberg, welches der Niederschrift als Anlage beigefügt werde. Zum 01.12.2015 sei eine verfügbare Kapazität von 150 Plätzen angezeigt worden. Mit einem Antwortschreiben vom 21.12.2015 habe die Bezirksregierung mitgeteilt, dass die Zuteilung aufgrund eines allgemeinen Verteilungsschlüssels erfolge, welcher alle Kommunen hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit berücksichtige. Dass dies nicht den Tatsachen entspreche, werde am Beispiel der Stadt Köln deutlich, deren Flüchtlingszahl in jenem Fall das neunfache Bergisch Gladbachs betragen müsste. Dies sei jedoch nicht der Fall. Das dargelegte Vorgehen der Stadt Bergisch Gladbach sei seitens der Bezirksregierung abgelehnt worden. Es sei jedoch angeboten worden, dass in Notfällen gemeinsam nach praktikablen Lösungen gesucht werden könne. Auch das Antwortschreiben der Bezirksregierung Arnsberg werde der Niederschrift als Anlage beigefügt. Der Bezirksregierung solle verdeutlicht werden, dass die Situation der einzelnen Kommunen nicht immer vergleichbar sei. Die Wohnraumsituation in Bergisch Gladbach sei aufgrund der Nähe zu Köln ohnehin knapp. Zudem habe die Stadt Bergisch Gladbach ein weiteres Antwortschreiben bezüglich der Nutzung der Hallen der BAST seitens des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur erhalten. Dem Bundesministerium solle allerdings die Möglichkeit einer Nachbesserung des Antwortschreibens gegeben werde, da das vorliegende Schreiben inakzeptabel sei.

**Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.**

## 3. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

Es liegen keine Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen vor.

## 4. Anträge der Fraktionen

### 4.1. Gemeinsamer Antrag der Fraktion DIE LINKE. und des Ratsmitgliedes Herrn Samirae vom 10.12.2015 (eingegangen am 10.12.2015) zur Einberufung einer Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach zur Wiederwahl des technischen Beigeordneten

0583/2015

Herr Klein erklärt, dass es bei der Wiederwahl Herrn Schmicklers um wirtschaftliche Aspekte gehe. Wer sich für den Werdegang eines Wahlbeamten entscheide, sei auch über die damit verbundenen Regularien und Pflichten informiert. Unabhängig von den Gründen, die Herr Schmickler gegen eine eigene Wiederwahl vorbringe, entstehe eine finanzielle Belastung der Stadt Bergisch Gladbach, wenn Herr Schmickler durch einen Werkvertrag weiterbeschäftigt werde. Hinzu komme, dass er, wenn der Rat auf eine Wiederwahl verzichte, mit Beendigung seiner Beigeordnetentätigkeit bereits Pensionsansprüche habe. Hieraus entstehen Kosten in Millionenhöhe. Ohne die heutige beantragte Ratssitzung der Fraktion DIE LINKE. wäre eine etwaige Wiederwahl Herrn Schmicklers nicht mehr möglich. Herr Klein **beantragt** die Wiederwahl Herrn Schmicklers.

Herr Mömkes führt an, dass die CDU-Fraktion gegen eine Wiederwahl Herrn Schmicklers stimmen werde. Eine persönliche Entscheidung eines Wahlbeamten sei – insbesondere aus privaten Gründen – zu respektieren.

Herr Samirae schließt sich den Worten Herrn Kleins an, wonach ohne die beantragte Sondersitzung eine etwaige Wiederwahl Herrn Schmicklers nicht rechtzeitig möglich sei. Er zitiert dazu § 47 GO NRW. Auch hinsichtlich der Kostenfrage schließt er sich den Ausführungen Herrn Kleins an. Er kritisiert die Personalpolitik des Bürgermeisters und zitiert dazu eine Passage aus der Haushaltsrede Herrn Waldschmidts aus dem Jahr 2013. Er **beantragt** namentliche Abstimmung über den Antrag Herrn Kleins.

Herr Urbach weist die Herren Klein und Samirae darauf hin, dass die Pension nicht seitens der Stadt Bergisch Gladbach gezahlt werde. Dies übernehme die Rheinische Versorgungskasse. Hierfür seien bereits Rückstellungen gebildet worden.

Herr Mömkes **beantragt** die Vorbereitung der externen Ausschreibung der Stelle des technischen Beigeordneten.

Herr Urbach teilt mit, dass dies mit der GO NRW vereinbar sei.

Herr Waldschmidt erklärt, dass die Beigeordneten vom Rat gewählt werden, weshalb es sich hierbei um eine politische Besetzung handle. Es sei üblich, dass hierzu Absprachen innerhalb der Koalitionen getroffen werden. Eine solche Vereinbarung habe die SPD-Fraktion mit der CDU-Fraktion getroffen. Die CDU-Fraktion habe demzufolge das Vorschlagsrecht für die Stelle des technischen Beigeordneten. Hieran werde sich die SPD-Fraktion halten. Herr Schmickler sei seitens der CDU-Fraktion nicht vorgeschlagen worden, weshalb davon auszugehen sei, dass ein anderer Kandidat nach der erfolgten Ausschreibung präsentiert werde.

Herr Jungbluth stimmt Herrn Mömkes dahingehend zu, dass die persönlichen Entscheidungen Herrn Schmicklers zu respektieren seien. Allerdings habe sich dieser auch dazu entschieden, Wahlbeamter zu werden. Dies schließe eine mögliche und verbindliche Wiederwahl mit ein. Erst, wenn eine Wiederwahl erfolgt sei und diese seitens Herrn Schmickler abgelehnt werde, könne diese Entscheidung akzeptiert werden. Hieraus müssen dann alle Beteiligten die Konsequenzen tragen. Zwar zahle die Rheinische Versorgungskasse eine mögliche Pension, letztendlich werde aber auch diese von der Bürgerschaft finanziert. Es sei auch zu kritisieren, dass, neben der Besetzung eines neuen Beigeordneten, eine Weiterbeschäftigung Herrn Schmicklers per Werkvertrag erfolge. Dies stelle eine weitere Erhöhung der Personalkosten dar und sei in Zeiten der Haushaltssicherung fragwürdig. Es sei deshalb wünschenswert, dass über eine Wiederwahl abgestimmt werde, um das politische Stimmungsbild diesbezüglich zu verdeutlichen.

Herr Samirae fragt, welches Honorar ein externer Mitarbeiter für die Arbeit an einem Flächennutzungsplan erhalte. Nach § 20 HOAI seien Arbeiten an einem Flächennutzungsplan für eine Fläche der Größe der Stadt Bergisch Gladbach mit einer Summe – je nach Anforderungen - zwischen 191.000 Euro und 311.000 Euro zu vergüten. Hinsichtlich dieser Summe sei fraglich, warum keine Ausschreibung erfolgt sei. Auch bittet er um Darstellung einer Vergleichsrechnung für den Fall, dass jene Aufgaben weiterhin durch Herrn Schmickler im Falle einer Wiederwahl wahrgenommen werden und wie die Kostendifferenz nach Schätzung der Stadt Bergisch Gladbach sei. Dies könne schriftlich erfolgen.

Herr Urbach sagt dies zu. Alle Vergaben erfolgen stets rechtskonform.

Herr Klein weist erneut darauf hin, dass es vorliegend um erhebliche Mehrkosten gehe. Dies könne die Stadt Bergisch Gladbach vor dem Hintergrund des Schuldenstandes nicht verkraften. Für den Fall einer Wiederwahl könne Herr Schmickler diese immer noch ablehnen. Dies hätte eine Kostenersparnis für die Stadt Bergisch Gladbach zur Folge. Es müsse darauf geachtet werden, dass die vorhandenen Mittel sparsam und zweckgebunden eingesetzt werden.

Herr Urbach entgegnet, dass die Aussagen bezüglich der Kosten falsch seien. Der Stadt Bergisch Gladbach entstehen keine Kosten durch Pensionsansprüche, da diese seitens der Rheinischen Versorgungskasse gezahlt werden. Wie für jede Beamtin und jeden Beamten seien hierfür Rückstellungen gebildet worden. Der Rat entscheide in einer demokratischen Abstimmung über die Wiederwahl und das weitere Verfahren.

Herr Schütz erklärt, dass gemäß § 71 GO NRW ein Beigeordneter seine Wiederwahl nur durch einen wichtigen Grund ablehnen könne. Die Vorgabe von persönlichen Gründen sei hierfür nicht ausreichend. Herr Schmickler solle seine Gründe detailliert darlegen.

Herr Urbach weist Herrn Schütz darauf hin, dass dies nur für den Fall einer erfolgten Wiederwahl gelte.

Herr Krell führt an, dass er die Personalplanung und die damit verbundenen Kosten durchaus kritisch betrachte. Das vorliegende Thema müsse jedoch strukturell angegangen werden. Die persönliche Entscheidung Herrn Schmicklers sei zu respektieren. Es sei absurd, dass dieser gegen seinen Willen wiedergewählt werden solle. Die Begründungen der Herren Klein und Samirae seien nicht nachvollziehbar. Die FDP-Fraktion lehne deren Anträge daher ab.

Herr Urbach erörtert, dass der weitergehende Antrag nach § 18 Absatz 1 Geschäftsordnung zuerst zur Abstimmung gestellt werden müsse. Die Entscheidung, welcher Antrag der weitergehende und damit zuerst zur Abstimmung zu stellen sei, obliege nach den Vorschriften in § 18 Absatz 1 der Geschäftsordnung im Zweifelsfall dem Bürgermeister. Der Antrag von Herrn Mömkes, die Verwaltung möge die externe Ausschreibung vorbereiten, sei schon deshalb als weitergehender zu werten, da dadurch eine größere Auswahlmöglichkeit für den Rat geschaffen und gleichzeitig auch Herrn Schmickler die Möglichkeit gegeben werde, sich für eine Wiederwahl zu bewerben. Zu dem Antrag von Herrn Mömkes liege bisher kein Antrag auf geheime oder namentliche Abstimmung vor.

Herr Klein bittet darum, dass zunächst die Wiederwahl abgestimmt werden solle. Der weitergehende Antrag könne im Anschluss abgestimmt werden. Die Anträge sollen chronologisch in der Abfolge gestellt werden, in der sie gestellt worden seien. Die Fraktion DIE LINKE. wolle eine Wiederwahl Herrn Schmicklers durchführen.

Herr Urbach entgegnet, dass er – wie bereits zuvor erwähnt – den Antrag zur externen Ausschreibung als weitergehend werte. Da nach § 18 Absatz 1 Geschäftsordnung der Bürgermeister in Zweifelsfällen den weitergehenden Antrag – und damit die Abstimmungsfolge der Sachanträge – bestimme, werde der Antrag von Herrn Mömkes primär zur Abstimmung gestellt.

Herr Samirae teilt mit, sofern in der heutigen Sitzung keine Wiederwahl erfolge, verstreiche die Frist, in der der Beigeordnete eine Wiederwahl annehmen müsse. Dem Rat werde so das Wahlrecht entzogen, weshalb er sich der Bitte Herrn Kleins anschließe. Er rügt dies.

Herr Urbach weist Herrn Samirae darauf hin, dass der Bürgermeister die gestellten Anträge in eine Abstimmungsreihenfolge bringen müsse. Wie dies zu erfolgen habe, richte sich nach § 18 Absatz 1 Geschäftsordnung. Er werte den Antrag auf externe Ausschreibung, wie bereits mehrfach dargestellt, aus den zuvor genannten Gründen als weitergehender.

Herr Schütz erklärt, dass die Anträge auf Wiederwahl und auf externe Ausschreibung zwar teilweise zusammenhängen, da es sich bei einem jedoch um ein Wahlverfahren handele, stelle dieser keinen weitergehenden Antrag dar.

Herr Urbach entgegnet, dass der Rat in seiner Entscheidung frei sei. Sofern der Rat den Antrag auf externe Ausschreibung ablehne, werde eine entsprechende Wahl durchgeführt.

Herr Schütz führt an, dass der Rat als Teil der Verwaltung an Recht und Gesetz gebunden sei.

Herr Dr. Baumle-Courth schlägt vor, dass Herr Mömkes den Antrag der CDU-Fraktion dahingehend umformulieren solle, dass zusätzlich zur externen Ausschreibung auf eine Wiederwahl des technischen Beigeordneten verzichtet werde. Dieser Antrag sei dann formal definitiv weitergehender. Sofern der Rat diesem Antrag folge, sei der Antrag Herrn Kleins hinfällig.

Herr Mömkes schließt sich den Ausführungen Herrn Dr. Baumle-Courths an und modifiziert seinen Antrag dahingehend, dass zusätzlich zur beantragten externen Ausschreibung auf eine Wiederwahl Herrn Schmicklers verzichtet werde.

Herr Urbach stellt den Antrag von Herrn Mömkes, wonach die Verwaltung die externe Ausschreibung der Stelle des technischen Beigeordneten vorbereiten solle und auf eine Wiederwahl Herrn Schmicklers verzichtet werde, zur Abstimmung.

Gegen den Antrag stimmen die ALFA-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE. und die beiden fraktionslosen Ratsmitglieder Herr Samirae und Herr Schütz. Für den Antrag stimmen die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion und das fraktionslose Ratsmitglied Herr Santillán. Damit wird der Antrag mehrheitlich **angenommen**.

#### **4.1a. Gemeinsamer Antrag der Fraktion DIE LINKE. und des Ratsmitgliedes Herrn Samirae vom 10.12.2015 (eingegangen am 10.12.2015) zur Bestellung einer Leitung des Rechnungsprüfungsamtes**

Herr Urbach führt an, dass er zur Sitzung des Rates am 15.12.2015 einen Beschlussvorschlag zu diesem Tagesordnungspunkt unterbreitet habe. Der Rat habe allerdings beschlossen, die Entscheidung über den Beschlussvorschlag zur Bestellung einer Leitung des Rechnungsprüfungsamtes in die nächste planmäßige Sitzung des Rates zu vertagen, die für Dienstag, den 08.03.2016 terminiert sei. Hierzu liege zudem eine schriftliche Anfrage des Herrn Samirae vom 05.01.2016 vor, zu der Herr Samirae eine „umgehende Beantwortung“ fordere. Eine Beantwortung in der heutigen Ratssitzung werde nicht ausdrücklich gefordert, erscheine aber sinnvoll. Herr Samirae schreibe, dass er über den Kreis der Bewerber auf das Amt des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes informiert werden möchte. Ihm solle mitgeteilt werden, wer sich auf das Amt bisher alles beworben habe, ob eine Vorauswahl erfolgt sei und ob die Stelle neu und öffentlich ausgeschrieben werde. Hierzu antwortet Herr Urbach, dass auch diese Informationen nahezu in Gänze längst zur Verfügung stehen. In der Vorlage, die in den vergangenen Sitzungen des RPA, des HFA und des Rates beraten und vom Rat vertagt worden sei und die auch Herrn Samirae vorliege, führe die Verwaltung aus, dass infolge der Umsetzung des ehemaligen Leiters des Rechnungsprüfungsamtes die vakante Stelle am 10.09.2015 hausintern ausgeschrieben worden sei. Der Ausschreibungstext sei der Vorlage als Anlage beigelegt. Bis zum Bewerbungsende am 30.09.2015 haben zwei Bewerbungen vorgelegen. Ein Vorstellungsgespräch beim Bürgermeister sei für den 16.11.2015 vorgesehen gewesen. Erst kurz vor dem Vorstellungsgespräch habe ein Bewerber seine Bewerbung zurückgezogen, der derzeit seine Arbeitszeit reduziert habe und nicht beabsichtige, diese aufzustocken. Da die Stelle in Vollzeit zu besetzen sei und keine andere Bewerbung einer Teilzeitkraft vorliege, sei diese Stelle nicht für ihn in Betracht gekommen. Die Vorlage enthalte weitere Informationen und einen Werdegang des somit einzigen Bewerbers. Falls Herr Samirae auch den Namen des Bewerbers erfahren wolle, der seine Bewerbung zurückgezogen habe, so könne dies mitgeteilt werden, allerdings nicht im öffentlichen Teil der Sitzung. Falls Herr Samirae jetzt einen Antrag auf vorübergehenden Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 15 Absatz 1 Buchstabe g) der Geschäftsordnung stellen wolle, damit der Bewerber benannt werden könne, der seine Bewerbung zurückgezogen habe, so bestehe dazu Gelegenheit. Zu der Frage, ob die Stelle jetzt öffentlich ausgeschrieben werde, dürfte bekannt sein, dass der Rat in der Sitzung am 15.12.2015 die Entscheidung in der Sache in die nächste planmäßige Sitzung des

Rates im März vertagt habe. Er bittet die Herren Klein und Samirae, den Antrag zu konkretisieren und einen Beschlussvorschlag zu formulieren, der zur Abstimmung gestellt werden könne.

Herr Klein erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE. geschrieben habe, dass in der heutigen Sitzung auch über die Bestellung der Leitung des Rechnungsprüfungsamtes Beschluss gefasst werden solle. Dabei gehe es vor allem darum, dass diese Beschlussfassung in öffentlicher Sitzung zu erfolgen habe. Darauf ziele der Antrag ab. Seitens der Verwaltung werde die Auffassung vertreten, dass dies nur in nicht öffentlicher Sitzung erfolgen könne. Dies sei Sinn und Zweck dieser Feststellung. DIE LINKE. habe am 08.12.2015 im Rechnungsprüfungsausschuss die externe Ausschreibung der Stelle beantragt. Dieser Antrag sei nicht angenommen worden und im Haupt- und Finanzausschuss von der SPD erneut gestellt worden. Dort sei dieser wiederum angenommen worden. Mit dem vorliegenden Antrag solle klargestellt werden, dass die Bestellung öffentlich erfolgen müsse. Jene Thematik, sowie die Verfahrensweise über den vorhergehenden Tagesordnungspunkt, werde er nochmals prüfen.

Herr Urbach führt an, dass die Wahl öffentlich erfolgen könne. Jedoch solle darüber Einigkeit bestehen, dass eine mögliche Personaldiskussion unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden solle.

Herr Komenda zeigt sich verwirrt über die Widersprüchlichkeit des Vorgehens Herrn Kleins, da sich dieser im Rechnungsprüfungsausschuss darüber beschwert habe, dass es nur einen Bewerber und damit keine Auswahl gebe. Nun forcieren diese die Bestellung einer Leitung des Rechnungsprüfungsamtes, obwohl sich an diesem Umstand nichts geändert habe. Es sei nicht klar, ob die Fraktion DIE LINKE. nun eine Entscheidung herbeiführen oder einer größeren Bewerberauswahl wolle.

Herr Urbach teilt mit, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung bekannt sei. Aus seiner Sicht könne über diesen auch heute abgestimmt werden.

Herr Komenda entgegnet, dass er nicht bereit sei, sich von der Fraktion DIE LINKE. und dem fraktionslosen Ratsmitglied Herrn Samirae zu einer Entscheidung treiben zu lassen. Deren Methoden seien mit denen rechter Parteien gleichzusetzen. Eine Entscheidung solle deshalb heute nicht fallen.

Herr Samirae erklärt, dass es zwei Bewerber für die Leitung des Rechnungsprüfungsamtes gegeben habe. Einer der Bewerber habe seine Bewerbung zurückgezogen. Es sei nicht mitgeteilt worden, um wen es sich dabei handle. Die Leitung des Rechnungsprüfungsamtes solle in Anbetracht ihrer Relevanz für den Rat vernünftig besetzt werden. Die Besetzung müsse öffentlich erfolgen.

Herr Urbach weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt derzeit im öffentlichen Teil der Sitzung behandelt werde.

Herr Samirae führt an, dass dies in der letzten Sitzung des Rates nicht der Fall gewesen sei. Demnach sei darüber abzustimmen, dass die Besetzung öffentlich gemacht werde. Personalsachen, welche nicht öffentlich seien, seien gleichwohl im entsprechenden Teil der Sitzung zu behandeln.

Herr Orth **beantragt** Schluss der Aussprache gemäß § 16 Geschäftsordnung. Er stellt fest, dass kein Antrag vorliege, über den heute abgestimmt werden könne. Zudem gebe es einen gültigen Ratsbeschluss, wonach die Bestellung der Leitung des Rechnungsprüfungsamtes am 08.03.2016 erfolgen solle.

Herr Schütz schlägt vor, dass in der heutigen Sitzung die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses abgestimmt werde, wonach die Stelle extern ausgeschrieben werden solle. Herr Urbach erklärt, dass ein Geschäftsordnungsantrag von Herrn Orth vorliege. Er fragt, ob jemand für oder gegen den Antrag sprechen wolle.

Herr Samirae vertritt die Auffassung, er habe beantragt, dass darüber abgestimmt werde, dass die Stelle öffentlich besetzt werde.

Herr Urbach stellt den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Orth zur Abstimmung.

Gegen den Antrag stimmen die Fraktion DIE LINKE. und die fraktionslosen Ratsmitglieder Herr Samirae und Herr Schütz. Für den Antrag stimmen die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion und das fraktionslose Ratsmitglied Herr Santillán. Damit wird der Antrag mehrheitlich bei Enthaltung der ALFA-Fraktion **angenommen**.

**4.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 07.12.2015 (eingegangen am 07.12.2015) zur Befreiung der Gebührenpflicht zur Entsorgung des Biomülls für die Tafel Bergisch Gladbach e.V.**  
*0580/2015*

Herr Urbach führt an, dass die Verwaltung vorschlage, den Antrag ohne Aussprache an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr zu überweisen.

Herr Klein erklärt, dass dies den üblichen Verfahrensweg darstelle. Sofern dies eingehalten werde, vergehe jedoch Zeit, wodurch der Tafel hohe Kosten entstehen. Sofern es Einvernehmen darüber gebe, dass die Tafel entlastet werden solle, könne auch in der heutigen Sitzung eine Abstimmung erfolgen.

Herr Zalfen teilt mit, dass die SPD vor einiger Zeit eine vergleichbare Anfrage gestellt habe. Seitens des Abfallwirtschaftsbetriebs sei daraufhin mitgeteilt worden, dass es aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei, die Tafel anders als andere öffentliche Unternehmen zu behandeln. Das Ansinnen des Antrags der Fraktion DIE LINKE. werde seitens der SPD-Fraktion als positiv erachtet. Der Antrag solle in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr überwiesen werden, jedoch solle die Verwaltung prüfen, wie die Tafel von den Versorgungsgebühren befreit werden könne.

Herr Samirae **beantragt**, dass überprüft werden solle, ob es rechtlich zulässig sei, die der Tafel entstehenden Gebühren durch die Stadt zu erstatten. Die Tafel wäre somit nicht von den Gebühren befreit, allerdings wäre eine Kostenbeteiligung der Stadt Bergisch Gladbach gegeben.

Herr Urbach merkt an, dass die Intention des Antrages offensichtlich sei. Sofern die Vorlage in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr überwiesen werde, bereite die Verwaltung eine Vorlage vor, in der diese Prüfung vorgenommen und dargestellt werde.

Herr Urbach stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Samirae folgenden **Beschluss**:

**Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. wird ohne Aussprache zur Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr überwiesen.**

**5. Einwohnerfragestunde**  
*0584/2015*

Herr Urbach erklärt, dass Einwohnerfragen von Herrn Hoffmann, Herrn Panzer und Herrn Dr. Adler vorliegen. Da diese in der heutigen Sitzung nicht anwesend seien, werden ihnen die Einwohnerfrage schriftlich beantwortet. Eine weitere Einwohnerfrage liege von Herrn Farzanehfar vor, welche

per E-Mail eingegangen sei. Herr Urbach fragt, ob Herr Farzanehfar seine Fragen selber vorlesen wolle, was dieser verneint.

1. Frage von Herrn Farzanehfar:

„Stimmt es, dass der Bürgermeister dem Rat die Personalhoheit streitig macht und nicht alle Ratsmitglieder über die laufenden Vorgänge ordnungsgemäß informiert?“

Antwort der Verwaltung:

„Nein. Die gesetzlichen und ortsrechtlichen Regelungen werden eingehalten.“

2. Frage von Herrn Farzanehfar:

„Ist die Stadt bereit, eine Petition an den Kreis zu unterstützen, die eine Beitragsfreiheit für behinderte Fahrgäste des ÖPNV zum Gegenstand hat?“

Antwort der Verwaltung:

„Wie Sie selbst ausführen, ist in der Sache der Kreis zuständig. Die Frage, ob die Stadt bereit ist, eine Petition an den Kreis zu unterstützen, kann ich nicht beantworten, da die Entscheidung nicht mir obliegt. Die Möglichkeit, sich mit einer entsprechenden Anregung an den AAB zu richten, ist Ihnen bekannt.“

Herr Urbach fragt Herrn Farzanehfar, ob er Zusatzfragen stellen wolle, was Herr Farzanehfar verneint. Herr Urbach weist Herrn Farzanehfar darauf hin, dass Einwohnerfragen fristgemäß schriftlich einzureichen seien und dass eine E-Mail das Schriftformerfordernis nicht erfülle. Er bittet, dies künftig zu beachten.

## **6. Anfragen der Ratsmitglieder**

### Herr Neu: Anfrage zur Verwendung der Hallen der BAST zur Flüchtlingsunterbringung

Herr Neu fragt, wie der Sachstand hinsichtlich der Möglichkeit sei, die Hallen der BAST zur Flüchtlingsunterbringung zu verwenden.

Herr Urbach antwortet, dass es hierzu eine schriftliche Antwort aus dem Bundesverkehrsministerium gegeben habe, welche jedoch – auch in ihrer Art und Weise – inakzeptabel sei. Er habe auf einem gemeinsamen Treffen Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel zu dieser Thematik angesprochen. Diese habe darum gebeten, eine weitere Antwort des Ministeriums abzuwarten, welche nun eingetroffen sei. Auf diese treffen dieselben Attribute wie auf die erste Antwort zu. Es sei nun eine kurze Frist zur Nachbesserung der Antwort gesetzt worden, ansonsten werde das Antwortschreiben den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

### Frau Holz-Schöttler: Anfrage zum Hermann-Löns-Viertel

Frau Holz-Schöttler fragt, ob der Verwaltung bekannt sei, dass der Bauwagen im Hermann-Löns-Viertel entsorgt worden sei und dort nun Tiefgaragen gebaut werden sollen.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung.

### Herr Klein: Anfragen zur Flüchtlingssituation in Katterbach, Sachstand zu einem Schreiben und Prozesskosten der Gerichtsverfahren des Herrn Samirae

Herr Klein merkt an, dass Herr Urbach eingangs über einen Brief an die Bezirksregierung berichtet habe. Der Presse sei zuletzt zu entnehmen gewesen, dass es in der Flüchtlingsunterkunft Katterbach zu Problemen gekommen sei. Es sei so auch zu Streitereien gekommen, da nur eine geringe Anzahl

an Steckdosen in den Zelten vorhanden sei. Es sei bekannt, dass die Smartphones zu den wichtigsten persönlichen Gegenständen der Flüchtlinge zählen, da dadurch der Kontakt zu den Angehörigen ermöglicht werde. Vor diesem Hintergrund sei eine geringe Steckdosenanzahl nicht nachvollziehbar. Auch sei eine Diskrepanz hinsichtlich der Sauberkeit der Sanitäranlagen, der Berichterstattung in der Presse und den Aussagen des Unterkunftsbetreibers zu erkennen. Er fragt, welchen Kenntnisstand die Verwaltung dazu habe. Zudem teilt er mit, dass er Herrn Urbach eine Aufforderung zur Beanstandung des Beschlusses hinsichtlich eines neuen Arbeitsvertrags für Herrn Martmann aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 15.12.2015 habe zukommen lassen. Er fragt, wie der diesbezügliche Sachstand sei. Auch möchte er wissen, wie hoch die Prozesskosten seitens der Stadt Bergisch Gladbach bei den Gerichtsverfahren des Herrn Samirae gewesen seien, welche die Stadt verloren habe.

Herr Urbach antwortet bezüglich der letzten Frage, dass sämtliche Verfahrenskosten der entsprechenden Prozesse schriftlich dargestellt werden. In der Flüchtlingsunterkunft in Katterbach gebe es derzeit 43 Steckdosen. Aus Gründen des Brandschutzes können keine Steckdosen in den Schlafbereichen installiert werden. Deshalb werde überlegt, ob durch USB-Leisten Abhilfe geschaffen werden könne. Hinsichtlich der Aufforderung zur Beanstandung des Beschlusses sei am 04.01.2016 ein Schreiben an Herrn Klein versendet worden.

#### Herr Samirae: Anfragen zur Situation in den Flüchtlingsunterkünften und zum Umlegungsausschuss

Herr Samirae erörtert, dass sich die Steckdosenproblematik in Katterbach erst nach Presseberichten verbessert habe. Er fragt, ob zu befürchten sei, dass dies in der geplanten Unterkunft in Lückerrath ähnlich verlaufen werde. Auch fragt er, wie die Verwaltung die Hygienesituation in den Sanitäranlagen der Unterkunft in Katterbach beurteile. Zudem habe er auf der Internetseite der Stadt Bergisch Gladbach den Umlegungsausschuss entdeckt. Er fragt, was dieser mache, wofür dieser zuständig sei, wo er tage, weshalb die Termine und Protokolle nicht zugänglich seien und wer die Geschäftsführung hierfür wahrnehme.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung.

#### Herr Schütz: Anfrage zu den Geschehnissen der Silvesternacht in Köln

Herr Schütz fragt, ob der Stadt Bergisch Gladbach bekannt sei, ob auch Frauen aus Bergisch Gladbach von den Geschehnissen der Silvesternacht in Köln betroffen gewesen seien. Auch fragt er, ob es Möglichkeiten gebe, dass sich die Verwaltung – beispielsweise die Gleichstellungsbeauftragte – um die Opfer kümmere und ob bekannt sei, welche Präventivmaßnahmen seitens der Kölner Verwaltung getroffen werden, um eine mögliche Wiederholung eines solchen Vorfalles zu vermeiden.

Herr Urbach antwortet, dass sich eine Betroffene bei ihm gemeldet habe. Er werde dieser anbieten, Kontakt mit der Gleichstellungsbeauftragten aufzunehmen.

Frau Stauer ergänzt, dass sie Frau Fahner diesbezüglich bereits angesprochen habe.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:01 Uhr.